

Herausgeber:  
Heinrich Bechtoldt  
Geschäftsführender Herausgeber  
Hans Apel  
Herbert von Borch  
Kurt Georg Kiesinger  
Klaus Ritter  
Walter Scheel  
Helmut Schmidt  
Richard von Weizsäcker  
Gerhard Wettig

# AUSSEN POLITIK

**Zeitschrift für  
internationale  
Fragen**

Gerhard Wettig  
**Gorbatschows Strategien für Abrüstung und Sicherheit**

Sigurd Boysen  
**Gorbatschows Vorschläge zur Abrüstung**

John J. Yurechko  
**Koalitionskriegsführung aus Moskauer Sicht**

Ronald D. Asmus  
**Die Zweite Ostpolitik der SPD  
Mit Perspektiven aus den USA**

Jens D. Biermeier  
**Atlantik-Pazifik: Die neuen Trends in USA**

Manfred Mols  
**Wechselseitige Wahrnehmungen von Europa  
und Lateinamerika: Eine Europäische Perspektive**

Klaus Frhr. von der Ropp  
**Der Gipfel der Blockfreien von Harare**

**Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften**

38. Jahrgang

**1/87**

1. Quartal 1987 Verlagsort Hamburg DM 12,50

# AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

---

Jg. 38

1. Quartal 1987

Gerhard Wettig <b>Gorbatschows Strategien für Abrüstung und Sicherheit</b>	3
Sigurd Boysen <b>Gorbatschows Vorschläge zur Abrüstung</b>	11
John J. Yurechko <b>Koalitionskriegsführung aus Moskauer Sicht</b>	23
Ronald D. Asmus <b>Die Zweite Ostpolitik der SPD Mit Perspektiven aus den USA</b>	42
Jens D. Biermeier <b>Atlantik-Pazifik: Die neuen Trends in USA</b>	58
Manfred Mols <b>Wechselseitige Wahrnehmungen von Europa und Lateinamerika: Eine Europäische Perspektive</b>	74
Klaus Frhr. von der Ropp <b>Der Gipfel der Blockfreien von Harare</b>	87
<b>Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften</b>	98

---

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Hans Apel, Herbert v. Borch, Kurt Georg Kiesinger, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Gerhard Wettig.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7000 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (07 11) 45 01 26 28.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS Verlag GmbH, Holsteinischer Kamp 14, D-2000 Hamburg 76, Telefon: (0 40) 2 29 06 09, Verleger: Karin Reinecke, Anzeigen: z. Z. ist Preisliste Nr. 13 gültig. Druck: Wullenwever-Druck Heine KG, Grapengießstraße 30, D-2400 Lübeck 1.

---

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen zum Ende des Berechnungszeitraumes mit einer Frist von sechs Wochen.

---

## Der Gipfel der Blockfreien von Harare

*Die Gipfelkonferenz der Bewegung der Blockfreien fand im Spätsommer vorigen Jahres in Zimbabwe, also im südlichen Afrika statt, und sie konzentrierte sich hauptsächlich auf die Probleme der Republik Südafrika. Dr. Klaus Frhr. von der Ropp von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Bonn, war als Beobachter auf dieser Konferenz und konfrontiert in dem folgenden Beitrag die in Harare erhobenen Forderungen mit den realen Gegebenheiten in diesem überaus komplexen Konflikt. Da rühmt sich der ANC, das Geschehen in Südafrika in der Hand zu haben, und Teile Südafrikas müssen bereits unregierbar sein — Pretoria kann aber die Bereiche der Anarchie bisher abgrenzen. Da fordert die Konferenz immer härtere Sanktionen der Industriestaaten des Westens — die sogenannten Frontstaaten können sich aber selbst nicht an Sanktionen beteiligen, weil das den eigenen Ruin einleiten würde. Da wird zur strengen Einhaltung von Sanktionen gegen Südafrika aufgerufen — in Harare ist aber nicht erörtert worden, daß Pretoria die Frontstaaten zwingen könnte, an der Umgehung von Sanktionen mitzuwirken, einige sogar daran verdienen möchten. Da wird zur Hilfe für die Frontstaaten im Kampf gegen Südafrika aufgerufen — in Harare hat sich aber niemand bereit erklärt, sich bei der Verteidigung der Frontstaaten zu engagieren. Da sind natürlich auch wieder Globalverhandlungen über eine Neue Weltwirtschaftsordnung und der Einsatz der sogenannten Bankrott-Waffe gefordert worden — diese Pauschalansätze für die Lösung wirtschaftlicher Probleme verschleiern aber kaum, daß der Nord-Süd-Dialog zur Zeit auf einem toten Punkt angelangt ist. In Harare ist noch niemand auf den Gedanken gekommen, daß nur die weiße Sicherheit der Schlüssel zur schwarzen Freiheit sein könnte. Bis dahin ist mit der Fortsetzung der Regierungspolitik zu rechnen, und die Afrikaner stellen dem ihre Maximalforderungen entgegen.*

Im Spätsommer 1986 trafen sich Vertreter der 101 Mitglieder der Bewegung der Blockfreien (*Non-Aligned Movement/NAM*) zu ihrem 8. Gipfeltreffen in der zimbabwischen Hauptstadt Harare. Von den teilnahmeberechtigten 99 Staaten war lediglich Kampuchea nicht vertreten, da die nach dem Sturz der Roten Khmer unter Pol Pot in Phnom-Penh an die Macht gekommene Regierung Heng Samrin nach wie vor von vielen Staaten der Dritten Welt diplomatisch nicht anerkannt wird. Mit hochrangigen Delegationen waren die Befreiungsbewegungen PLO und SWAPO vertreten. Die beiden südafrikanischen Befreiungsbewegungen, ANC und PAC, die unverändert um die Macht in einer künftigen Volksrepublik Azania rivalisieren und daher nicht Vollmitglieder sind, waren auch in Harare nur als — wenn auch außerordentlich aktive — Beobachter präsent.

## I. Aspekte der Stellung NAMs im internationalen System

Wahrscheinlich ist es auf die letztlich nur geringen politischen Erfolge von NAM zurückzuführen, daß jetzt in Zimbabwe von der 25. Wiederkehr des Tages, da am 1. September 1961 in Belgrad die Bewegung der Blockfreien gegründet wurde, wenig Aufhebens gemacht wurde<sup>1</sup>. Die auch aus früheren Jahren sattem bekannten Aufrufe an die beiden oder, je nach Thematik, nur einen der die Geschicke der Welt bestimmenden Machtblöcke zu Abrüstung, verstärkter entwicklungs-politischer Zusammenarbeit, Entkolonisierung usw. fanden in der Regel nur dort Gehör, wo der Osten und/oder der Westen ohnehin zu einer entsprechenden Änderung seiner Politik bereit war. Auch gelang es NAM erstaunlicherweise nicht, bedeutsame Streitigkeiten unter seinen Mitgliedern beizulegen. Erinnert sei hier nur an das vergebliche Bemühen, den im September 1980 zwischen Irak und Iran ausgebrochenen Golfkrieg zu beenden. NAM-Konferenzen waren und sind in der Regel wohl kaum mehr als Wiederholungen von Sitzungen der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Die einzelnen Mitglieder tragen nicht zuletzt ihre nationalen Anliegen vor und finden damit oft nicht sonderlich viel Gehör.

Geschwächt worden war die Bewegung durch die beim 6. Gipfeltreffen (1979 in Havanna) aufgetretenen ideologischen Richtungskämpfe. Damals vertraten das gastgebende Kuba und ihm nahestehende weitere „progressive“ NAM-Staaten entgegen der Auffassung der Mehrheit der Blockfreien die These, die UdSSR und die Staaten Osteuropas seien die „natürlichen Verbündeten“ von NAM. Die Sowjets hatten sich eben viel intensiver um die Bewegung der Blockfreien gekümmert und zumindest in ihrer Propaganda viel Rücksicht auf sie genommen. In Havanna ernteten sie die Früchte ihrer Bemühungen. Es war dann zu einem guten Teil der 1983 in Neu Delhi gastgebenden Ministerpräsidentin Indira Gandhi und ihres ab Herbst 1984 amtierenden Sohnes Rajiv Gandhi zu danken, daß die Bewegung zu ihrem früheren Selbstverständnis als zwischen den Blöcken stehend zurückfand.

Das kluge und souveräne Auftreten von Ministerpräsident Robert G. Mugabe läßt die Hoffnung aufkommen, daß er trotz des Bekenntnisses zum wissenschaftlichen Sozialismus als der in Zimbabwe staatstragenden Ideologie den Kurs Indiens fortführen wird. Andernfalls könnte die so heterogene Gemeinschaft, der u. a. Argentinien und Nicaragua, Singapur und Nordkorea, Indonesien und Vietnam, die Elfenbeinküste und Äthiopien angehören, auf Dauer kaum Bestand haben. Die von den zimbabwischen und auch den internationalen Medien stark beachtete Rede Muammar Ghadafis, in der er der Abschaffung der Bewegung und der Aufteilung ihrer Mitglieder auf das „imperialistische“ und das „anti-imperialistische“ Lager das Wort redete<sup>2</sup>, wird kaum der Auftakt zu einer erneuten Kurskorrektur gewesen sein. Sie war wohl nur die Abrechnung des libyschen Revolutionsführers mit all jenen Staaten, die ihn weder im April 1986 bei den amerikanischen Bombenan-

<sup>1</sup> Vgl. u. a. „Die Blockfreien — Ideal und Wirklichkeit“ in „Neue Zürcher Zeitung“ vom 7./8. September 1986, S. 1; Robert von Lucius: „Arafat mit der Pistole im Halfter . . . Der 25. Jahrestag der Blockfreien . . .“ in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 2. September 1986, S. 5; Klaus Fritsche: „7. Blockfreiengipfel in Neu Delhi“ in epd-Entwicklungspolitik (Frankfurt) 7/1983 (April), S. 13–15.

<sup>2</sup> „Gaddafi calls for anti-US army to fight imperialism“ in „The Herald“ (Harare) vom 5. September 1986, S. 11 und die Kritik Robert G. Mugabes an Ghadafis These von der Nutzlosigkeit der NAM ebenda „Not all of us think NAM is useless — PM“.

griffen auf Tripolis und Benghasi noch angesichts der jüngsten Manöver der Sechsten Flotte im Mittelmeer zur Seite gestanden hatten. Eine spätere Hinwendung NAMs zum sozialistischen Lager wäre dagegen vorstellbar gewesen, hätte die u. a. von Kuba unterstützte Kandidatur Nicaraguas zur Ausrichtung des 9. NAM-Gipfels 1989 Erfolg gehabt. Sie scheiterte aber gerade an der „progressiven“ Ausrichtung der Regierung D. Ortegas. Kandidaten sind jetzt Peru und Indonesien.

Den Angriffen des kubanischen Lider Máximo Fidel Castro, des iranischen Präsidenten Ali Khamenei und seines nicaraguanischen Kollegen Daniel Ortega und nicht weniger weiterer Redner gegen die USA standen u. a. die Kritik des pakistanischen Staatspräsidenten Mohammed Zia-ul-Haq an der Besetzung Afghanistans durch die UdSSR<sup>3</sup>, der Delegierten Malaysias und Singapurs an der Kampuchea-Politik Vietnams sowie die an die UdSSR und Vietnam gerichtete Aufforderung des Jugoslawen Sinan Hasani, ihre Truppen aus Afghanistan bzw. Kampuchea abzuziehen<sup>4</sup>, gegenüber. Insgesamt erfuhr die Politik der USA in Regionen der Dritten Welt, vor allem im südlichen Afrika, in Zentralamerika und im Nahen Osten eine ungleich schärfere Kritik als die Politik der Sowjets. Zumindest in den Augen der Blockfreien bedarf die letztere eben sehr viel weniger der Kritik<sup>5</sup>. Wie gelassen jedoch Washington heute solche Äußerungen zur Kenntnis nimmt, machte seine Reaktion auf die durchaus gemäßigte Kritik Mugabes an der amerikanischen Nicaragua-, Angola- und Südafrika-Politik deutlich: Noch während des Gipfels gaben die USA bekannt, nach der Kritik Mugabes an ihrer Politik die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Harare einschneidend zu kürzen<sup>6</sup>. Sicher wird das offenkundige Versagen der Sowjets bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Angola und Mozambique der US-Regierung ihre Entscheidung erleichtert haben. Die USA sehen hier in der anderen Supermacht keinen Rivalen mehr.

## II. Debatten über politische Fragen und ihre Ergebnisse

Wer den NAM-Gipfel vor Ort miterlebte, der wird nicht umhin können, Jacques de Barrin in „Le Monde“ zuzustimmen, wenn er feststellt „*«Heureusement», il y avait les dossiers brûlants de l'Afrique australe pour faire l'unité*“<sup>7</sup>. Denn wenn in den Schlußerklärungen der Konferenz überhaupt etwas Wegweisendes nachzulesen ist, dann wohl am ehesten in der „*Déclaration spéciale sur l'Afrique australe*“, auf die weiter unten näher einzugehen sein wird.

### 1. Fragen der Abrüstung

Angesichts einer möglichen militärischen Auseinandersetzung zwischen NATO und Warschauer Pakt ist Indien kaum weniger ohnmächtig als der Zwergstaat

3 „Zia slams Soviet role in Kampuchea and Afghanistan“ in „The Herald“ vom 5. September 1986, S. 11.

4 „Withdraw troops from Kampuchea, Afghanistan“ in „The Herald“ vom 4. September 1986, S. 7.

5 Vgl. Jacques de Barrin: „La fin du sommet de Harare — Le silence des 'modérés' favorise l'anti-américanisme des non-alignés“ in „Le Monde“ vom 9. September 1986, S. 6 und Robert von Lucius: „Konflikte, Kompromisse und Kontinuität“ in FAZ vom 8. September 1986, S. 12.

6 S. „Premier to react to US aid cut“ in „The Herald“ vom 4. September 1986, S. 1.

7 S. Fn. 5.

Swaziland. So appellierten, wie Mugabe in seiner Eröffnungsansprache<sup>8</sup>, auch zahllose andere Delegierte nahezu flehentlich an die beiden Supermächte, dem Rüstungswahn ein Ende zu setzen. Die USA wurden dezidiert aufgefordert, dem Beispiel der UdSSR zu folgen, ein Moratorium für Nukleartests zu verkünden. Die so freiwerdenden Mittel seien in die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern der südlichen Hemisphäre zu investieren. Erstaunlich wenig wurde die Vergeudung von Ressourcen durch Länder der Dritten Welt selbst angesprochen<sup>9</sup>. Eine kritische Sicht der eigenen Rolle war eben auch in Harare nicht die Stärke der NAM. Im „Appell von Harare“ werden die USA und die UdSSR einmal mehr auf die große Sorge der Blockfreien angesichts des beschleunigten nuklearen Wettrüstens aufmerksam gemacht. NAM fordert sie zur dauerhaften Einstellung aller Atomtests sowie zur Intensivierung ihres Dialogs und damit zu einer Politik auf, den Frieden auf der Welt sicherer zu machen.

## 2. Die Konflikte in Nah- und Mittelost sowie in Afghanistan

Der Chef der PLO-Delegation, Jasser Arafat, prangerte mit den seit langem vertrauten Worten die Politik Israels an<sup>10</sup>. Wie viele andere Redner, so forderte auch er die Schaffung eines eigenen Staates der Palästinenser, ohne irgendeinen neuen Gesichtspunkt vortragen zu können. Dasselbe gilt für die Behandlung des Golfkrieges. Ali Khamenei forderte — vergeblich — den Ausschluß Iraks aus der Bewegung der Blockfreien und die Brandmarkung Bagdads als Aggressor. Dies war schon in Neu Delhi die Haltung Irans gewesen. So blieb es in der Schlußerklärung bei der wenig befriedigenden Aufforderung an die beiden Kontrahenten, den Frieden zu suchen.

Auch in Harare machten sich die Pakistani zum Fürsprecher des von den Sowjets besetzten Afghanistan. Der Delegierte Kabuls hingegen zeichnete einen vom Fernen Osten über Südwestasien nach Zentralamerika reichenden Bogen, wo „*US bounds of war are unleashed to victimise small independent nations*“<sup>11</sup>. Wie bei früheren Gelegenheiten, so erging auch in Harare in der Schlußerklärung ein Aufruf zum Rückzug der fremden Truppen aus Afghanistan. Wie gewohnt wurden dabei mit Rücksicht auf die UdSSR jedoch Namen nicht genannt. Analoges wurde übrigens zugunsten des von Vietnam besetzten Kampuchea beschlossen.

## 3. Konflikte in Lateinamerika

Die Forderung Argentiniens nach Rückgabe der Malvinas-Inseln wurde von NAM naturgemäß akzeptiert. Das galt auch für die sehr scharfe Kritik, mit der Nicaragua, Kuba und andere Staaten die Rolle der USA in Zentralamerika geißelten.

8 S. „The Herald“ vom 2. September 1986, S. 1, 7.

9 Dazu jüngst Joachim Krause: „Rüstungsausgaben der Dritten Welt“, S. 57–70 in „Die Internationale Politik 1983/84“, München, 1986.

10 S. dazu das Interview „PLO chief speaks out on NAM and Gulf War“ in „The Herald“ vom 27. August 1986, S. 8, 9 sowie „The Herald“ vom 5. September 1986, S. 1.

11 S. „Zia slams Soviet role in Kampuchea and Afghanistan“ in „The Herald“ vom 5. September 1986, S. 11 sowie „Imperialism a menace, says Afghan PM“ in „The Herald“ vom 6. September 1986, S. 8.

Ähnlich Libyen, so vermochte auch Nicaragua die übrigen Konferenzteilnehmer davon zu überzeugen, daß ein perfider amerikanischer Imperialismus bemüht sei, das Regime in Managua zu stürzen. So äußerte die Bewegung in dem Schlußdokument ihre „Empörung“ über den Beschluß Washingtons, die antisandinistischen Contras mit 100 Millionen Dollar zu unterstützen. Sie forderte die USA dringlich auf, ihre „feindlichen Akte“ einzustellen.

#### 4. Die Entwicklungen im südlichen Afrika

Der Tagungsort Harare wie auch die Entwicklung der Konflikte im südlichen Afrika hatten vor allem bei den Afrikanern die später nicht eingelöste Erwartung aufkommen lassen, das 8. Gipfeltreffen werde ganz im Zeichen der Geschehnisse im Süden ihres Kontinents stehen<sup>12</sup>. Dies umso mehr, als in den Monaten zuvor — wie für den Sachkundigen allerdings vorauszusehen war — die Vermittlungsbestrebungen der *Eminent Persons' Group*<sup>13</sup> des Commonwealth wie auch die namens der EG unternommene Vermittlungsmission des britischen Außenministers Geoffrey Howe am Widerstand der weißen Afrikaner gescheitert waren, mit dem so bedeutsamen ANC über ihre kampflose Kapitulation zu verhandeln. Wer immer innerhalb und außerhalb Afrikas einer dieser Missionen eine Erfolgchance eingeräumt hatte, der hatte damit nur eines klargestellt: seine völlige Unkenntnis der Mentalität der weißen Afrikaner. In die Ecke der Kapitulation getrieben, werden sie eher in einem noch unvorstellbar grausamen Krieg Südafrika und seine Nachbarn auslöschen, als sich der schwarzen Mehrheit unterzuordnen und damit selbst aufzugeben.

Es ist verwunderlich, wie selten dies selbst im Westen erkannt und ausgesprochen wird. Otto Graf Lambsdorff hingegen ist zuzustimmen, wenn er kürzlich äußerte, daß weiße Sicherheit eben der Schlüssel zu schwarzer Freiheit sei<sup>14</sup>. Bei dem Gipfel der Blockfreien hat dies niemand geäußert.

Mit nur wenigen Ausnahmen ging in Harare jeder Redner mit scharfen Worten mit der Politik der Apartheid, mit der von Südafrika betriebenen wirtschaftlichen und militärischen Destabilisierung seiner Nachbarn sowie dem Festhalten an SWA/Namibia ins Gericht. Das taten auch die Delegierten aus jenen zahlreichen schwarz-afrikanischen Ländern, in denen schwerste Menschenrechtsverletzungen gleichfalls an der Tagesordnung sind. Ein unkritisches Auditorium nahm auch ihnen ab, daß es sich bei der Regierung in Pretoria um das böse Regime schlechthin handele. Es hat allerdings den Anschein, als sei die Hilfe von NAM-Staaten für die afrikanischen Frontstaaten, für ANC, PAC und SWAPO während des Gipfels nicht verstärkt worden. Sie erschöpft sich weiterhin zu einem guten Teil im

12 S. etwa „SA terrorism to be major NAM summit topic“ in „The Herald“ vom 27. August 1986, S. 1; „Ortega wants anti-SA action plan“ in „The Herald“ vom 1. September 1986, S. 1 sowie „Un entretien avec le Premier ministre du Zimbabwe, Robert Mugabe . . .“ in „Afrique-Asie“ (Paris) No. 380 (August 1986), S. 12–18 (S. 13ff).

13 S. dazu „Mission to South Africa — The Commonwealth Report“, London, 1986.

14 „Teilung Südafrikas als Ausweg“ in „Quick“ (München) vom 31. Juli 1986, S. 32 in Anknüpfung an Jürgen Blenck und Klaus Erhr. von der Ropp „Republik Südafrika: Teilung als Ausweg?“ in „Aussenpolitik“ 1976/3, S. 308–324. S. zu alldem Robert von Lucius: „Lambsdorff kritisiert die Südafrika-Politik der westlichen Länder/Teilung des Landes als letzter Ausweg? . . .“ in FAZ vom 8. August 1986, S. 5.

Verbalen. Meldungen, die indische Luftwaffe werde in Zukunft gemeinsam mit den bereits dort stationierten zimbabwischen Truppen den sog. Beira-Korridor, d. s. die von Mutare/Zimbabwe nach Beira/Mozambique führenden Strassen- und Bahnverbindungen, schützen, wurden nicht bestätigt. Aber ein solcher Durchbruch mag den Frontstaaten in Zukunft gelingen, etwa mit Hilfe Kubas, Vietnams, Indiens oder anderer Staaten. Selbst Präsident Kaunda von Zambia sah jedoch in Harare davon ab, seinen vor Jahren gemachten Vorschlag zu wiederholen, der Westen, der 1939 dem faschistischen Deutschland den Krieg erklärt habe, möge jetzt Südafrika den Krieg erklären.

#### a) Zu Debatte und Beschlüssen zum Südafrika-Konflikt

Im Zeitpunkt des Gipfels von Harare jährte sich der Ausbruch der jüngsten Unruhen des schwarzen Südafrikas zum zweiten Mal<sup>15</sup>. Auch wer die von afrikanischer Seite, insbesondere von seiten der Befreiungsbewegungen, zur Schau gestellte Siegeszuversicht nicht teilt, der wird doch zugeben, daß seither in einigen schwarzen Vorstädten im östlichen Kap wie auch des eher östlichen Rand — aber eben nur dort! — Anarchie herrscht. Trotz der abermaligen Verhängung des Notstandes und des Einsatzes von Militär gelingt es Pretoria nicht, hier den *status quo ante* wiederherzustellen. Zudem hat das Bestreben Priorität, ein Übergreifen der Aufstände auf die weißen Stadtkerne und die weißen Wohngebiete wie auch weitere Gebiete der Schwarzen zu verhindern. Ersteres ist, sieht man von einer Reihe von Sabotageakten in Durban und Johannesburg ab, bisher weitgehend gelungen.

In schwarzen Vorstädten kommt es dagegen immer wieder zu Ausschreitungen, die von weißen und schwarzen Militär- und Polizeiverbänden niedergeschlagen werden. In der Wahl ihrer Mittel ist dabei auch die Regierung nie wählerisch gewesen. Auch in zwei der den Schwarzen vorbehaltenen Reservate (*Bantustans* oder *Black National States*), in Lebowa und in der Ciskei, war in jüngerer Zeit ein Zusammenbrechen der staatlichen Gewalt festzustellen.

Der ANC, und in sehr viel geringerem Maße auch der PAC, versuchte in Harare den Eindruck zu erwecken, als habe er die Geschehnisse weitgehend in der Hand<sup>16</sup>. Das ist jedoch nicht der Fall. Insbesondere ist es den oftmals sehr jungen Revolutionären bislang kaum gelungen, an die Stelle der zusammengebrochenen Stadtverwaltungen ihre eigenen, revolutionären Administrationen zu setzen. Wo immer versucht wurde, eine revolutionäre Polizei oder ebensolches Schulwesen zu setzen, scheint Pretoria dies zerschlagen zu haben. Es herrscht weniger revolutionäre Gewalt als Anarchie. Unzweifelhaft sind dem ANC in großer Sympathie verbundene, autonome Gruppen der UDF die treibende Kraft hinter den gegenwärtigen Unruhen. Im Vergleich mit ihnen spielen Gruppen des *Black Consciousness* (Azapo u. a., allesamt dem PAC verbunden) nur eine untergeordnete Rolle. In

<sup>15</sup> Dazu jüngst Klaus Frhr. von der Ropp: „Republik Südafrika: Hegemonialmacht nach Aussen — Ohnmacht im Inneren?“ in „aus politik und zeitgeschichte“ (Bonn) vom 19. Juli 1986, S. 44–54.

<sup>16</sup> S. dazu u. a. African National Congress: „The situation in South Africa“, hrsg. vom Ministry of Information of the Republic of Zimbabwe, Harare, 1986; „Sanctions can change regional balance of forces, says Tambo“ in „The Herald“ vom 3. September 1986, S. 6.

Kämpfen gegeneinander ringen sie häufig um die Vorherrschaft in einem künftigen Azania. Vor allem in Natal ist es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen Gruppen der UDF/ANC und solchen von Inkatha, der Bewegung des Zuluführers Gatsha M. Buthelezi, gekommen. Auch gab es im Vorjahr zahlreiche Übergriffe schwarzer Aufständischer auf indische Geschäfte und Wohnsiedlungen. Schließlich begünstigen die Unfähigkeit und vielleicht hier und da auch der mangelnde Wille der Polizei, Straftaten zu verfolgen, die Begehung auch schwerster Verbrechen und das Aufkommen eines inzwischen weitverbreiteten Vandalismus. Gegen das brutale Vorgehen der Revolutionäre haben sich in vielen Städten sog. *vigilante*-Gruppen gebildet. Hier wehren sich Menschen mit oft sehr fragwürdigen Methoden gegen das *necklacing*, d.h. das Verbrennen von Menschen bei lebendigem Leib; es hat inzwischen wohl an die 500 solcher „Hinrichtungen“ im Anschluß an Verfahren vor „Volksgerichten“ gegeben. Die Menschen wehren sich dagegen, daß, nachdem sie den Befehlen der Revolutionäre zum Trotz ihre Wohnungsmieten an den Staat gezahlt haben, ihnen das Abbrennen ihrer Häuser angedroht wird. Sie wehren sich dagegen, daß, nachdem sie trotz eines revolutionären Boykottaufrufs Waren in einem bestimmten Kaufhaus gekauft haben, ihnen diese Waren weggenommen und verbrannt werden oder aber dazu dienen, den Käufer zu quälen. Es erscheint nicht gerechtfertigt, in vielen dieser *vigilante*-Gruppen nur eine Zusammenrottung von Kollaborateuren zu sehen<sup>17</sup>.

Es wäre falsch anzunehmen, daß es der spalterische und zerstörerische Einfluß Pretorias sei, der diese Auseinandersetzungen auslöst. Dieses Einflusses bedarf es oft nicht. Allerdings wird Pretoria, wo dies in seinen Augen not tut, nie zögern, bis hin zur Ruchlosigkeit alles zu tun, seine Gegner zu spalten. Es hat schon in der Vergangenheit dieser oder jener Gruppe Handfeuerwaffen zur Verfügung gestellt und tribalistische Auseinandersetzungen in jeder denkbaren Form zu nutzen verstanden. Wo Pretoria sich etwa in einer Vorstadt einer geschlossenen Front gegenüber weiß, da wird es sich notfalls auch unter Einsatz automatischer Waffen Gehör zu schaffen suchen. Zuvor wird man, wie dies jetzt wohl bereits in Beantwortung von Mieter- und Käufer-Boykotten im östlichen Kap geschehen ist, ganzen Vorstädten für eine begrenzte Zeit die Telephone, die Elektrizität und schließlich auch die Wasserzufuhr abschneiden.

Es ist eben nicht mehr als revolutionäre Propaganda, wenn der ANC in Harare die These vertritt<sup>18</sup> „. . . *there is the democratic movement which, through street and area committees, mass organisations, combat units and the underground structures of the ANC and Umkhonto we Sizwe, commands the following and loyalty of millions of people . . . the democratic movement controls the people by virtue of its organised strength . . .*“. Unstreitig ist der ANC das Symbol des Freiheitskampfes schlechthin; er kontrolliert diesen jedoch (noch?) nicht.

Die Zahl der schwarzen Vorstädte, in denen Chaos herrscht, wird größer werden. Etliche der Reservate werden denselben Weg gehen. Sanktionen, etwa das Verbot

<sup>17</sup> Eine andere Auffassung vertritt Nicholas Haysom: „MABANGALALA: The rise of the right-wing vigilantes in South Africa“, Johannesburg, 1986.

<sup>18</sup> S. die in Fn. 16 genannte Schrift des ANC, S. 2.

der Einfuhr südafrikanischer Kohle in den Westen, werden viele Tausend Arbeitsplätze zerstören; die wachsende Zahl der Arbeitslosen wird sowohl das Lager der Revolutionäre als auch der *vigilantes* verstärken. Große Teile Südafrikas werden, so der Wunsch des ANC, unregierbar werden. Das wird jedoch nicht ausreichen, die Regierung in Pretoria zu stürzen. Es wurde in Harare wohl von niemandem gesehen, daß Südafrika den Weg des Libanon gehen wird.

Einmütig wurde von den NAM-Staaten die Meinung vertreten, daß die westlichen Industriestaaten gegen Pretoria harte Sanktionen verhängen müßten<sup>19</sup>, da dies die Machtumkehr in Südafrika beschleunigen werde. Bezeichnenderweise beließ man es jedoch bei dieser Forderung, beschloß also selbst nicht die Verhängung von Sanktionen. Denn zu klar sah man, daß die Zustimmung der Frontstaaten zu Sanktionen ihren eigenen Untergang herbeiführen würde. So wird eine Delegation von Außenministern von NAM-Staaten jetzt nur in ausgesuchte westliche Industrieländer, darunter vor allem nach Großbritannien und Japan sowie in die Bundesrepublik und die USA, reisen und dort für die Verhängung immer härterer Sanktionen plädieren. Hier mag die NAM-Gemeinschaft trotz ihrer sonstigen Machtlosigkeit, wirtschaftlichen Schwäche und häufig nur diffusen Solidarität wirklich etwas bewirken können. Denn auch in den Industriestaaten wächst aufgrund von innen- und außenpolitischem Druck die Bereitschaft, entgegen den eigenen wirtschaftlichen Interessen Zwangsmaßnahmen gegen Pretoria zu verhängen.

#### b) Die Diskussion über südafrikanische Regionalpolitik

Breiten Raum nahm in Harare die Diskussion der zerstörerischen Regionalpolitik SAs ein<sup>20</sup>, darunter im einzelnen die enge Zusammenarbeit mit der angolanischen Befreiungsbewegung UNITA; der Aufbau der mozambiquanischen Widerstandsbewegung Renamo; die wahrscheinliche Zusammenarbeit mit ZAPU-Dissidenten, den sog. Super-ZAPUs, und neuerdings angeblich auch mit den Gefolgsleuten des ZANU-Dissidenten Ndabaningi Sithole in Zimbabwe; der Sturz der Regierung L. Jonathan in Lesotho; wiederholte bewaffnete Überfälle auf Lesotho, Mozambique, Botswana, Zambia, Zimbabwe und vor allem Angola u. a. Es ist bislang, wie bereits angesprochen wurde, nicht ersichtlich, daß NAM oder einzelne seiner Mitglieder bereit wären, sich bei der Verteidigung der Frontstaaten zu engagieren. So wird Südafrika seine Luftüberlegenheit auch weiterhin dazu nutzen, die Abhängigkeit seiner Nachbarn zu verstärken. Dies etwa durch die wiederholte Zerstörung von alternativen Transportwegen nach Beira, Nacala, Maputo, Benguela und Dar-es-Salaam.

Die Regierungen der Frontstaaten wissen, daß sie sich nie an Sanktionen gegen Südafrika werden beteiligen können. Denn zu sehr läßt Pretoria sie ihre Abhängig-

19 S. u. a. „Rally round Frontline urges Gandhi“ in „The Herald“ vom 3. September 1986, S. 1; Denis Sassou Nguesso (der gegenwärtige Vorsitzende der OAU): „... calls for less rhetoric and more NAM action“ in „The Herald“ vom 6. September 1986, S. 9; R. G. Mugabe: „We follow NAM on SA Sanctions . . .“ in „The Herald“ vom 30. August 1986, S. 1; „All South Africa's major trading partners must join in sanctions: Kaunda“ in „The Herald“ vom 6. September 1986, S. 9; Alan Boesak (UDF/Südafrika): „Back SA freedom fighters to hilt . . .“ in „The Herald“ vom 6. September 1986, S. 8 sowie die in Fn. 16 angeführten Äußerungen Oliver Tambos und schließlich „Massive Support for 435“ in „The Namibian“ (Windhoek) vom 1. August 1986, S. 13.

20 S. die in Fn. 15 genannte Arbeit und Robert von Lucius: „Die Transportwege eröffnen Südafrika beträchtliche Einflußmöglichkeiten“ in FAZ vom 25. August 1986, S. 5.

keit spüren. Das zeigte sich kürzlich, als das Binnenland Zimbabwe ausgerechnet in der Woche ein neues Handelsabkommen mit Südafrika abschloß<sup>21</sup>, da es sich Anfang August in London mit anderen Commonwealth-Staaten über die Verhängung von Sanktionen zu einigen suchte. Zambia und Zimbabwe spielten hier entscheidende Rollen. Von daher traf sie die strafende Hand Pretorias auf der Stelle: für beide Binnenländer bestimmte Waren wurden zuletzt an der Grenze Südafrikas mit Zimbabwe nur noch schleppend abgefertigt. Ferner müssen zambische Importeure seit kurzem in Südafrika 25 v. H. des Wertes ihrer Waren als Kautions hinterlegen. Die schwachen Länder Botswana, Lesotho und Swasiland und das ohnehin von Desintegrationstendenzen gezeichnete Mozambique hatten so gute Gründe, sich auch in Harare an der Diskussion der Sanktionsthematik nicht zu beteiligen. Allein die Drohung, Gastarbeiter in die vier Staaten zwangsweise zu reparieren, hätte andernfalls deren Regierungen botmäßig gestimmt.

Eine weitere, in Harare naturgemäß nicht erörterte Frage ist, inwieweit Pretoria seine Nachbarn zwingen wird, bei der Umgehung von Handelsembargen und Luftfahrtboykotten mitzuwirken. Vielleicht wird es solchen Zwanges auch gar nicht bedürfen, da einzelne Staaten — vor allem Zambia — nur zu bereit sein werden, an der Durchbrechung von Sanktionen zu verdienen.

Sollte, wie das auch der Blockfreien-Gipfel forderte, Ziel von Sanktionen wirklich die Einführung eines Systems des „ein-Mensch-eine-Stimme-in einem Staat“ sein, so wird Pretoria bei der Wahl seiner wirtschaftlichen und militärischen Gegenmaßnahmen auch gegenüber seinen Nachbarn vor nichts zurückschrecken. In Harare war nicht zu erkennen, daß man diese Gefahr erkannt und die notwendigen Konsequenzen gezogen hat. Die von der Gipfelkonferenz beschlossene Einrichtung eines Solidaritätsfonds zugunsten der Frontstaaten hat bestenfalls symbolische Bedeutung. So steht weiter zu befürchten, daß die zu erwartende Eskalation des Südafrika-Konflikts zunächst zur Zerstörung der Anrainer der Kap-Republik führen wird.

### c) Zur Rolle Pretorias in SWA/Namibia

Angesichts der Konzentration vieler Redner auf die in ihren Augen dramatisch zugespitzte Lage in Südafrika und die daraus resultierende Hoffnung auf einen baldigen Machtwechsel in Pretoria fand die SWA/Namibia-Frage nur relativ wenig Beachtung. Nachdem es der westlichen Kontaktgruppe (USA, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Kanada) in nahezu zehn Jahren nicht gelungen ist, Südafrika zum Rückzug aus SWA/Namibia zu bewegen, wird deren guten Diensten bei den Blockfreien zu Recht ohnehin kaum noch Bedeutung beigemessen. In Verkennung der Machtverhältnisse in Südafrika scheint auch SWAPO auf den baldigen Sturz der Regierung der weißen Afrikaner in Pretoria zu setzen. Er, und diese Annahme ist richtig, würde sofort dazu führen, daß SWAPO als die mit Abstand stärkste Kraft des Landes die Regierungsverantwortung in Windhoek übernehmen würde<sup>22</sup>.

21 Dazu „Zim — SA Trade Pact signed by Officials“ in „The Financial Gazette“ (Harare) vom 8. August 1986, S. 1.

22 „Downfall of the Pretoria regime a matter of time, says Swapo boss“ in „Sunday Mail“ (Harare) vom 31. August 1986, S. 10.

### III. Debatten über Wirtschaftsfragen und ihre Ergebnisse

Vor dem Hintergrund des besonderen Interesses des gastgebenden Zimbabwe an den Ereignissen im übrigen südlichen Afrika trat die Berichterstattung über wirtschaftliche Fragen in den zimbabwischen Medien deutlich zurück.

Wie schon drei Jahre zuvor in Neu Delhi, so beschäftigten sich die Konferenzteilnehmer auch in Harare mit ihrer seit langem erhobenen Forderung nach der Wiederaufnahme der Globalverhandlungen, d. h. der Verhandlungen über eine neue Weltwirtschaftsordnung. Es war aber offenbar erkannt worden, daß heute keine Chance dafür besteht, damit bei den Industrieländern Gehör zu finden. Abermals stand daher das Bestreben im Vordergrund, Sofortmaßnahmen beim Ressourcentransfer und bei den Verschuldungsproblemen zu erwirken.

Die Auslandsschulden der Staaten der Dritten Welt werden Ende 1986 den unvorstellbaren Betrag von etwa 1.000 Milliarden Dollar erreichen. Überlegungen, wie ein weiteres Ansteigen des Schuldenberges zu verhindern und die bereits bestehenden Verpflichtungen zu erleichtern seien, standen im Mittelpunkt vieler Reden und auch der abschließenden Erklärung zu Wirtschaftsfragen. Gefordert wurden u. a. die Beseitigung von Instabilitäten auf Märkten der Industrieländer, eine antiprotektionistische Handelspolitik und der Verzicht auf Exportsubventionen — Maßnahmen, von denen sich die Entwicklungsländer eine Verbesserung ihrer Marktchancen erhoffen. In Neu Delhi hatte der seinerzeitige Premierminister der Inselrepublik Grenada, Maurice Bishop, vergeblich den Einsatz der „Bankrottwaaffe“ gegen die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die einzelnen Industriestaaten gefordert. Ähnlich argumentierte in Harare Fidel Castro<sup>23</sup>. Schon ein Jahr zuvor hatte er vor der *Latin American Federation of Journalists* argumentiert, die Schulden des Subkontinents seien „*not only unpayable but also uncollectable*“<sup>24</sup>. Allem Anschein nach hatte der kubanische Revolutionsführer, dessen Land bei den RGW-Staaten hoch verschuldet ist, dabei immer nur die Forderungen westlicher Gläubiger im Auge. Der Führer der madegassischen Revolution, Staatspräsident D. Ratsiraka, plädierte, anders als der Kubaner, nicht für einen völligen Zahlungsstopp, sondern für ein auf zehn Jahre befristetes Schuldenmoratorium<sup>25</sup>.

Wichtig war, daß NAM dem Vertreter Perus den Vorsitz im Komitee für Wirtschaftsfragen des Gipfels übertrug. Denn bekanntlich hat die Regierung des Staatspräsidenten Alan Garcia ihren eigenen Weg eingeschlagen, um ihre Auslandsschulden abzutragen: Sie bekennt sich zu ihrer Verpflichtung, die Schulden zu bedienen, fordert jedoch für den Schuldner annehmbare Bedingungen und koppelt daher ihre Zahlungen an die Exporterlöse des Landes. So wendet Lima jetzt 10 v. H. der letzteren zur Tilgung seiner Auslandsschulden auf<sup>26</sup>. Die eher gemäßigten NAM-Staaten sehen sichtlich in dem „peruanischen Modell“ einen Ausweg aus einem sonst vielleicht unlösbaren Problem. Peru wurde in der Schlußerklärung

23 „Peace, arms and debt issues are tied — Castro“ in „The Herald“ vom 4. September 1986, S. 4.

24 Nach „Third World debt is a crisis of mammoth proportions“ in „The Herald“ vom 3. September 1986, S. 4.

25 „Third World should not repay debts — Ratsiraka“ in „The Herald“ vom 5. September 1986, S. 7.

26 Dazu „Garcia determined to end development imbalances in Peru“ in „Sunday Mail“ vom 31. August 1986, S. 5.

beauftragt, im November 1986 eine Konferenz von Fachleuten zu organisieren, bei der abermals über die Verschuldung der Dritten Welt gesprochen werden wird.

Die am Rande der NAM-Konferenz abermals angesprochene Vorstellung<sup>27</sup> aus dem *Lagos Plan of Action* der OAU: „*Africa must cultivate the virtue of self-reliance*“ wird wohl immer nur ein Traum bleiben. Denn wie sollte ausgerechnet Afrika das gelingen, woran selbst die VR China scheiterte? Bessere Chancen wird man den Anstrengungen um eine „*collective self-reliance*“ im NAM-Rahmen einräumen können. So ist bemerkenswert, daß dem früheren Staatspräsidenten von Tanzania, Julius K. Nyerere, in Harare der Vorsitz über die dort gegründete *Independent Commission on Development Issues of the South*, die sich um eine Verstärkung der Süd-Süd-Kooperation bemühen wird<sup>28</sup>, übertragen wurde.

Zudem wurde ein 25 Mitglieder umfassender Ministerausschuß ins Leben gerufen, der den Dialog zwischen Industrie- und Entwicklungsländern neu beleben soll. Es fällt nicht leicht, dieser Initiative eine gute Erfolgchance beizumessen. Das wird offenbar auch von seiten der Blockfreien erkannt, heißt es doch in der Schlußerklärung von Harare: „*Les perspectives d'instauration du nouvel ordre économique international continuent de s'assombrir . . . Le dialogue Nord-Sud est au point mort . . .*“.

27 S. Fn. 24.

28 Was Indien hier zu leisten vermag, schildert Dieter Braun in „Indien und die Dritte Welt“, S. 272 (Stiftung Wissenschaft und Politik), 1979.